

Alexander Dugin: Die Ideologie des Trumpismus wird die USA und die Welt verändern (Teil I)

RT DE

19–22 Minuten

17 Jan. 2025 06:00 Uhr

Von Alexander Dugin

Trump's Revolution

Jetzt sind alle in Russland und in der Welt perplex: Was geschieht in den USA? Nur wenige Experten in unserem Land – insbesondere Alexander Jakowenko – haben wirklich Verständnis dafür, wie gravierend die Veränderungen in den USA sind. Jakowenko meinte zu Recht, dass "dies eine Revolution ist". Und das stimmt tatsächlich.

Der designierte US-Präsident Trump und seine engsten Vertrauten – in erster Linie der passionierte Elon Musk – zeigen eine geradezu revolutionäre Aktivität. Zwar ist Trump noch nicht im Amt – das wird am 20. Januar passieren – doch Amerika und Europa geraten schon jetzt ins Wanken. Es ist ein ideologischer und geopolitischer Tsunami, mit dem – ehrlich gesagt – niemand gerechnet hat. Viele hatten erwartet, dass Trump nach seiner Wiederwahl – wie es während seiner ersten Amtszeit als US-Präsident bereits der Fall war – zu einer mehr oder weniger konventionellen Politik zurückkehren würde. Auch wenn er dabei seine charismatischen und spontanen Züge beibehält. Es lässt sich jedoch schon jetzt sagen, dass dies nicht zutrifft. Trump bedeutet eine Revolution. Gerade in dieser Übergangszeit des Machtwechsels von Biden zu Trump macht es also Sinn, sich ernsthaft mit der Frage zu befassen: Was passiert in den USA? Denn dort passiert definitiv etwas – und zwar etwas sehr, sehr Wichtiges.

Der "Tiefe Staat" und die Geschichte des US-Aufstiegs

Zuallererst sollte geklärt werden, wie Trump – angesichts der Mächtigkeit des "Tiefen Staates" – überhaupt gewählt werden durfte? Dies erfordert einen umfassenderen Betrachtungsansatz.

Der "Tiefe Staat" in den USA repräsentiert den Kern des Staatsapparats und die mit ihm eng verbundene ideologische und wirtschaftliche Elite. Staat, Wirtschaft und Bildung sind in den USA nicht strikt voneinander getrennt, sondern bilden ein einziges System von kommunizierenden Gefäßen. Hinzu kommen die traditionellen US-Geheimgesellschaften und -Clubs, die früher die Rolle von Kommunikationszentren für die Eliten spielten. Dieser ganze Komplex wird gewöhnlich als "Tiefer Staat" bezeichnet. Dabei sind die beiden großen US-Parteien – Demokraten und Republikaner – keine Träger spezifischer Ideologien, sondern nur Ausdruck von Variationen eines einzigen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Kurses, den der "Tiefe Staat" verkörpert. Und das Gleichgewicht zwischen ihnen dient nur dazu, einige irrelevante Aspekte zu korrigieren und mit der Gesellschaft als Ganzes in Kontakt zu bleiben.



Nach dem Zweiten Weltkrieg durchliefen die USA zwei Phasen: die Epoche des Kalten Krieges mit der UdSSR und dem sozialistischen Lager (1947–1991) und die Periode der unipolaren Welt oder das "Ende der Geschichte" (1991–2024). In der ersten Phase standen die USA der UdSSR als gleichberechtigter Partner gegenüber, während sie in der zweiten Phase ihren Gegner vollständig besiegten und die einzige politisch-ideologische Supermacht (oder Hypermacht) der Welt wurden. Der "Tiefe Staat" – also weder Parteien noch andere Institutionen – wurde zum Trägersubjekt dieser unveränderlichen Linie der Weltherrschaft.

Diese Weltherrschaft nahm ab den 1990er-Jahren den Charakter einer links-liberalen Ideologie an. Ihre Formel war eine Kombination aus den Interessen

des internationalen Großkapitals und einer progressiven Individualismuskultur. Diese Strategie wurde besonders von der Demokratischen Partei der USA übernommen und bei den US-Republikanern wurde sie von Vertretern der Neokonservativen unterstützt. Im Mittelpunkt dieser Strategie stand die Überzeugung, dass es nur ein lineares und konstantes Wachstum geben könne: sowohl für die US-Wirtschaft als auch für die Weltwirtschaft sowie die planetarische Ausbreitung des Liberalismus und der liberalen Werte. Es schien, als hätten alle Staaten und Gesellschaften der Welt das US-Modell übernommen – politisch eine repräsentative Demokratie, die kapitalistische Marktwirtschaft, die individualistische und kosmopolitische Ideologie der Menschenrechte, digitale Technologien und eine westlich geprägte postmoderne Kultur. Der "Tiefe Staat" in den USA teilte diese Agenda und fungierte als Garant für ihre praktische Umsetzung.

Samuel Huntington und die Aufforderung zu einer Kurskorrektur

Doch schon seit Anfang der 1990er-Jahre wurden unter US-Intellektuellen Stimmen laut, die vor der Fehlerhaftigkeit dieses Ansatzes auf lange Sicht warnten. Vor allem Samuel Huntington, der einen "Kampf der Kulturen", Multipolarität und eine Krise der westlich geprägten Globalisierung vorhersagte, brachte diese Position zum Ausdruck. Er schlug vielmehr die Stärkung und nicht die Verwässerung der US-Identität vor und forderte, dass die anderen westlichen Gesellschaften in einer einheitlichen – nicht mehr globalen, sondern regionalen – westlichen Zivilisation vereinigt werden sollten. Damals schien es jedoch so, als sei dies lediglich die Übervorsichtigkeit einzelner Skeptiker. Und der "Tiefe Staat" stellte sich eindeutig auf die Seite der Optimisten des "Endes der Geschichte" – wie etwa Huntingtons Hauptopponent Francis Fukuyama. So lässt sich der kontinuierliche Kurs der aufeinanderfolgenden US-Präsidenten Clinton, Bush, Obama (gefolgt von Trumps erster Präsidentschaft, die nicht in diese Logik passt) und Biden erklären. Sowohl US-Demokraten als auch US-Republikaner (Bush Jr.) vertraten eine einheitliche politisch-ideologische Strategie des "Tiefen Staates": Globalismus, Liberalismus, Unipolarität und Hegemonie.



Dieser optimistische Kurs der Globalisten stieß bereits Anfang der 2000er-Jahre auf Probleme. Russland hörte auf, den USA blindlings zu folgen, und begann, seine Souveränität zu stärken. Besonders deutlich wurde dies nach Putins Münchener Rede im Jahr 2007, den Ereignissen in Georgien im Jahr 2008 und erreichte seinen Höhepunkt mit der Wiedervereinigung mit der Krim im

Jahr 2014 und vor allem dem Beginn der speziellen Militäroperation in der Ukraine im Jahr 2022. All dies lief den Plänen der Globalisten völlig zuwider.

In China, vor allem unter der Führung von Xi Jinping, begann man mit der Durchführung einer unabhängigen Politik – wobei China einerseits von der Globalisierung profitierte, ihr andererseits aber auch eine harte Grenze setzte, sobald ihre Logik mit den nationalen Interessen in Konflikt geriet und die Souveränität zu schwächen drohte.

In der islamischen Welt mehrten sich sporadische Proteste gegen den Westen, die sich sowohl auf das Streben nach größerer Unabhängigkeit als auch auf die Ablehnung der aufgezwungenen liberalen Werte bezogen.

In Indien gelangten mit Premierminister Narendra Modi rechtsgerichtete Nationalisten und Traditionalisten an die Macht.

In Afrika nahmen die antikolonialen Stimmungen zu, und die lateinamerikanischen Länder fühlten sich immer unabhängiger von den USA und dem Westen als Ganzes.

Dies führte zur Gründung der BRICS als Prototyp eines multipolaren internationalen Systems, das weitgehend unabhängig vom Westen ist.



Der US-amerikanische "Tiefe Staat" war daher gezwungen, sich mit einem ernsthaften Problem zu konfrontieren: Sollte er weiterhin auf seinem eigenen Standpunkt beharren und das Anwachsen antagonistischer Prozesse ignorieren, indem er versucht, diese durch Informationsflüsse, dominante Narrative und schließlich durch direkte Zensur in den Medien und sozialen Netzwerken zu unterdrücken oder trägt er diesen Trends Rechnung und sucht nach einer neuen Reaktionsform, indem er seine grundlegende Strategie angesichts dieser Realität ändert, die nicht mehr mit der subjektiven Einschätzung einiger US-Analysten übereinstimmt?

Trump und der "Tiefe Staat"

Trumps erste Präsidentschaft sah noch wie ein Zufall bzw. ein "technisches Versagen" aus. Ja, er kam auf einer Welle des Populismus an die Macht und stützte sich dabei auf diejenigen US-Gruppen, die zunehmend die Unannehmbarkeit der globalistischen Agenda erkannten und die Erscheinungen von "woke" (links-liberaler Code mit den Grundsätzen des Hyperindividualismus, Geschlechterpolitik, Feminismus, LGBT, Kultur der Abschaffung, Migrationsförderung, einschließlich illegaler Migration, kritische

Rassentheorie usw.) ablehnten. Damals wurde in den USA zum ersten Mal über den "Tiefen Staat" gesprochen. "Woke" und die Stimmung der breiten Volksmassen standen dabei in zunehmender Diskrepanz zueinander.

Aber der "Tiefe Staat" nahm Trump zwischen 2016 und 2020 nicht ernst, und er selbst schaffte es als US-Präsident nicht, Strukturreformen umzusetzen.

Nach dem Ende seiner ersten Amtszeit unterstützte der "Tiefe Staat" Biden und die Demokratische Partei, indem er die Wahl beeinflusste und einen noch nie dagewesenen Druck auf Trump ausübte – er sah in ihm eine Bedrohung für den gesamten globalistischen unipolaren Kurs, den die USA seit Jahrzehnten – und im Großen und Ganzen mit einem gewissen Erfolg – verfolgt hatten. So entstand Bidens Wahlkampslogan "Build Back Better", also "Lasst es uns zum Besseren zurückbauen". Damit war gemeint: Nach dem "Scheitern" der ersten Trump-Regierung sollten wir zur Umsetzung der globalistischen liberalen Agenda zurückkehren.

Doch zwischen 2020 und 2024 änderte sich alles. Obwohl Biden seine frühere politische Linie mit der Unterstützung des "Tiefen Staates" wieder aufnahm, musste er dieses Mal beweisen, dass alle Andeutungen über die Globalisierungskrise nur "feindliche Propaganda", "das Werk von Putins oder Chinas Agenten" und "die Machenschaften einheimischer Randständiger" waren.



Mit Unterstützung der Parteispitze der US-Demokraten und der Neokonservativen versuchte Biden die Lage so darzustellen, dass es nicht um eine echte Krise, nicht um Probleme, nicht um die Tatsache ging, dass die Realität den Ideen und Projekten der liberalen Globalisten zunehmend

widersprach, sondern um die Notwendigkeit, den Druck auf ihre ideologischen Gegner zu erhöhen – sprich Russland eine strategische Niederlage zuzufügen, die regionale Expansion Chinas (Projekt "Ein Gürtel, eine Straße" [One Belt One Road]) zu stoppen, BRICS und andere Tendenzen zur Multipolarität zu sabotieren, populistische Tendenzen in den USA und Europa zu unterdrücken und sogar Trump zu beseitigen (rechtlich, politisch und physisch). Daher die Ermutigung zu terroristischen Methoden und die Verschärfung der links-liberalen Zensur. In der Tat wurde der Liberalismus unter Biden endgültig zu einem totalitären System.

Der "Tiefe Staat" setzte seine Unterstützung für Biden sowie für die Globalisten im Allgemeinen fort (zu ihren wichtigsten Vertretern in Europa gehören Boris Johnson und Keir Starmer, Emmanuel Macron und Ursula von der Leyen). So wurden die von Soros geschaffenen ultraglobalistischen Strukturen äußerst aktiv und drangen nicht nur in alle europäischen Institutionen ein, sondern arbeiteten auch intensiv daran, Modi in Indien zu stürzen, neue Farbrevolutionen im Postsowjetraum (Moldawien, Georgien, Armenien) vorzubereiten und neutrale oder sogar den Globalisten feindlich gesinnte Regime in der islamischen Welt – wie in Bangladesch und Syrien – zu stürzen.

Aber dieses Mal war die Unterstützung des US-amerikanischen "Tiefen Staates" gegenüber den Globalisten nicht bedingungslos, sondern bedingt. Biden und Co. mussten vielmehr eine Prüfung bestehen und beweisen, dass mit der Globalisierung alles in Ordnung ist und es sich nur um ein technisches Problem handelt, das mit Gewalt gelöst werden kann – sei es ideologisch, medial, wirtschaftlich, politisch oder direkt terroristisch. Als Richter sollte dabei der "Tiefe Staat" auftreten.

Biden verliert das Vertrauen des "Tiefen Staates"

Aber Biden ist es nicht gelungen. Dafür gibt es eine Vielzahl von Gründen. Putins Russland gab nicht auf und hielt beispiellosem Druck stand – durch Sanktionen, den Zusammenstoß mit dem von allen westlichen Ländern unterstützten ukrainischen Terrorregime, wirtschaftliche Herausforderungen und dem starken Rückgang des Rohstoffabsatzes sowie der Abkopplung von der Hochtechnologie. All dies meisterte das Land, und Biden gelang es nicht, Russland zu besiegen.

Auch China gab nicht nach und setzte seinen Handelskrieg mit den USA fort, ohne kritische Verluste zu erleiden.

Es gelang auch nicht, Modi während des Wahlkampfes zu verdrängen.



Der BRICS-Gipfel in Kasan – also auf dem Territorium des gegen den Westen kämpfenden Russlands – verlief glänzend. Der Multipolaritätsprozess setzte seinen Aufstieg fort.

Israel verübte unter Missachtung aller Regeln und Normen einen Völkermord im Gazastreifen und im Libanon und annulierte damit jegliche globalistische Rhetorik, wobei Biden keine andere Wahl hatte, als dies zu unterstützen.

Das Wichtigste: Trump ließ sich nicht unterkriegen, sondern konsolidierte die Republikanische Partei in einem noch nie dagewesenen Ausmaß um sich herum, wobei er die populistische Agenda fortführte und sogar radikalierte. Tatsächlich bildete sich um Trump herum zunehmend eine eigenständige Ideologie heraus. Ihre Hauptthese besagt, dass der Globalismus besiegt ist und seine Krise nicht das Werk von Feinden oder Propaganda darstelle, sondern ein realer Zustand sei. Dementsprechend sei es notwendig, dem Weg von Huntington und nicht dem Weg von Fukuyama zu folgen, zur Politik des Realismus und der US-amerikanischen (im weiteren Sinne westlichen) Identität zurückzukehren, Experimente mit "woke" und Perversionen zu stoppen – mit anderen Worten, die US-Ideologie auf die Werkseinstellungen des frühen klassischen Liberalismus samt Protektionismus und einem gewissen Maß an direktem Nationalismus zurückzubringen. Daraus entstand das MAGA-Projekt – Make America Great Again.

Der "Tiefe Staat" ändert seine eigenen Prioritäten



Gerade weil es Trump gelungen ist, seine Position im Horizont des US-Ideologieraums zu verteidigen, ließ der Tiefe Staat nicht zu, dass die US-Demokraten ihn eliminierten. Biden fiel (auch aufgrund seines intellektuellen Niedergangs) bei der "Build Back Better"-Prüfung durch, überzeugte niemanden von irgendetwas – das bedeutet, dass der "Tiefe Staat" die Realität der Globalisierungskrise und die alten Methoden seiner Verbreitung erkannt hat.

Deshalb ermöglichte der "Tiefe Staat" dieses Mal Trump, gewählt zu werden und sogar eine radikale Gruppe ideologischer Trumpisten um sich zu scharen,

die von so schillernden Figuren wie Elon Musk, J. D. Vance, Peter Thiel, Robert Kennedy Jr., Tulsi Gabbard, Kash Patel, Pete Hegseth, Tucker Carlson und sogar Alex Jones repräsentiert werden.

Wichtig ist hier vor allem Folgendes: Nach der Akzeptanz von Trump kam der US-amerikanische "Tiefe Staat" zu der Erkenntnis, dass die globale Strategie der USA in Bezug auf Ideologie, Geopolitik, Diplomatie usw. grundlegend überarbeitet werden muss. Ab sofort unterliegt alles einer Revision. Trump und der Trumpismus – oder im weiteren Sinne der Populismus – erwiesen sich nicht als technisches Versagen, nicht als zufälliger Kurzschluss, sondern als Fixierung der realen und grundlegenden Globalisierungskrise und – überdies – als deren Ende.

Trumps derzeitige Amtszeit ist nicht nur eine Episode in der Abfolge zwischen der Herrschaft der US-Demokraten und der US-Republikaner, die im Großen und Ganzen dieselbe Linie verfolgen und vom Tiefen Staat unabhängig von den Parteiwahlergebnissen geschützt und unterstützt werden. Sie ist der Beginn einer neuen Wende in der Geschichte der US-Hegemonie. Es ist eine tiefgreifende Revision ihrer Strategie, ihrer Ideologie, ihres Aufbaus und ihrer Strukturen.

Trumpismus als Postliberalismus

Schauen wir uns nun die Konturen des Trumpismus – der sich Schritt für Schritt als Ideologie herausbildet – genauer an. Vizepräsident Vance bezeichnet sich ausdrücklich als "postliberal". Dies bedeutet einen vollständigen und totalen Bruch mit dem in den vergangenen Jahrzehnten in den USA etablierten Linksliberalismus. Der "Tiefe Staat", der überhaupt keine Ideologie hat, ist jetzt offenbar bereit, mit einer grundlegenden Überarbeitung der liberalen Ideologie zu experimentieren, wenn nicht gar mit ihrer vollständigen Demontage. So nimmt der Trumpismus vor unseren Augen die Züge einer eigenständigen Ideologie an, die in vielerlei Hinsicht in direktem Gegensatz zu dem bis vor Kurzem dominierenden Linksliberalismus steht.

Der Trumpismus als Ideologie ist heterogen und hat mehrere Pole. Aber seine allgemeine Struktur ist bereits mehr oder weniger klar. Zunächst einmal lehnt der Trumpismus den Globalismus, den Linksliberalismus (Progressivismus) und "woke" ab.

Mehr zum Thema – [Alexander Dugin: Der liberale Moment – Vom "Ende der Geschichte" zu Trump](#)

+++

Alexander Dugin: Der liberale Moment – Vom "Ende der Geschichte" zu Trump

RT DE

14–17 Minuten

30 Nov. 2024 07:00 Uhr

Von Alexander Dugin

In der Ausgabe 1990/91 der angesehenen globalistischen Zeitschrift *Foreign Affairs* schrieb der US-Experte Charles Krauthammer einen programmatischen Artikel mit dem Titel "The Unipolar Moment", in dem er das Ende der bipolaren Welt wie folgt erklärte. Nach dem Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts und dem Zerfall der UdSSR (der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels noch nicht stattgefunden hatte) werde eine Weltordnung entstehen, in der die Vereinigten Staaten und die Länder des kollektiven Westens (NATO) der einzige Pol bleiben und die Welt beherrschen würden, indem sie Regeln, Normen und Gesetze aufstellen und ihre eigenen Interessen und Werte mit universellen, allgemeingültigen gleichsetzen. Diese de facto etablierte westliche Hegemonie über die Welt ist das, was Krauthammer den "unipolaren Moment" nennt.



Wenig später veröffentlichte ein anderer US-Experte, Francis Fukuyama, ein ähnliches Manifest über das "Ende der Geschichte". Doch im Gegensatz zu Fukuyama, der sich beeilte zu verkünden, dass der Sieg des Westens über den Rest der Menschheit bereits stattgefunden habe und dass alle Länder und Völker fortan die liberale Ideologie unhinterfragt akzeptieren und die alleinige Vorherrschaft der USA und des Westens hinnehmen würden, war Krauthammer zurückhaltender und vorsichtiger und zog es vor, über den "Moment" zu sprechen, d. h. die faktische Situation des internationalen Kräfteverhältnisses, zog aber keine voreiligen Schlüsse darüber, wie dauerhaft und langlebig die unipolare Weltordnung sein würde. Alle Anzeichen für Unipolarität waren vorhanden: die bedingungslose Anerkennung des Kapitalismus, der parlamentarischen Demokratie, der liberalen Werte, der Menschenrechtsideologie, der Technokratie, der Globalisierung und der US-Führung durch fast alle Länder. Krauthammer hielt diesen Zustand fest, räumte aber die Möglichkeit ein, dass es sich nicht um etwas Stabiles handele, sondern nur um ein Stadium, eine bestimmte Phase, die sich zu einem langfristigen Modell entwickeln könne (in diesem Fall hätte Fukuyama recht) oder sogar zu Ende gehen und einer anderen Weltordnung Platz machen könnte.

Um die Jahreswende 2002/03 kehrte Krauthammer in einer anderen angesehenen, jedoch nicht mehr globalistischen, sondern in der realistischen [gemeint ist die "Realistische Schule" der Politikwissenschaft/Internationalen Beziehungen; Anm. d. Red.] Zeitschrift *National Interest* in einem Artikel mit dem Titel "The Unipolar Moment Revisited" zu seiner These zurück. Diesmal vertrat er die Ansicht, dass die Unipolarität nach zehn Jahren nur ein Moment und keine dauerhafte Weltordnung sei und dass bald alternative Modelle entstehen würden, um den wachsenden antiwestlichen Tendenzen in der Welt Rechnung zu tragen – in islamischen Ländern, in China, in einem erstarkenden Russland mit einem starken Präsidenten Wladimir Putin an der Macht. Spätere Ereignisse haben Krauthammer in seiner Überzeugung bestärkt, dass der unipolare Moment vorbei ist, dass es den USA nicht gelungen ist, ihre weltweite Führungsrolle, die sie in den 1990er-Jahren innehatten, dauerhaft und nachhaltig zu gestalten, und dass die Macht des Westens in eine Phase des Niedergangs und Verfalls eingetreten ist. Die westlichen Eliten waren nicht in der Lage, die Chance auf die Weltherrschaft, die praktisch in ihren Händen lag, zu nutzen, und nun ist es notwendig, sich am Aufbau einer multipolaren Welt in einem anderen Status zu beteiligen, ohne einen Hegemonieanspruch zu erheben, um nicht überhaupt am Rande der Geschichte zu landen.



Putins Münchener Rede im Jahr 2007, die Machtübernahme des starken chinesischen Führers Xi Jinping und das rasante Wachstum der chinesischen Wirtschaft, die Ereignisse in Georgien im Jahr 2008, der ukrainische Maidan und die Wiedervereinigung Russlands mit der Krim und schließlich, der Beginn der militärischen Spezialoperation im Jahr 2022 und der große Krieg im Nahen Osten im Jahr 2023 haben in der Praxis nur bestätigt, dass der vorsichtige Krauthammer und der das Zeitalter des "Kampfes der Kulturen" vorhergesagt habende Samuel Huntington viel näher an der Wahrheit waren als Fukuyama, der (für den liberalen Westen) zu optimistisch war. Inzwischen ist allen vernünftigen Beobachtern klar, dass die Unipolarität nur ein "Moment" war und dass sie durch ein neues Paradigma abgelöst wird: die Multipolarität oder – vorsichtiger ausgedrückt – ein "multipolarer Moment".

Die Debatte darüber, ob etwas in diesem oder jenem internationalen, politischen und ideologischen System unumkehrbar oder im Gegenteil vorübergehend, übergangsweise, unbeständig in Erscheinung tritt, hat eine lange Geschichte. Oft pochen die Verfechter einer Theorie vehement auf der Unumkehrbarkeit der sozialen Systeme und Transformationen, mit denen sie einverstanden sind, während ihre Gegner, oder einfach Skeptiker und kritische Beobachter, die alternative Idee vorbringen, dass es sich nur um eine Frage des Moments handelt.

Dies lässt sich leicht am Beispiel des Marxismus erkennen. Während für die liberale Theorie der Kapitalismus und das bürgerliche System das Schicksal der Menschheit sind – sie entstehen und werden nie enden (da die Welt nur liberal-kapitalistisch sein kann und allmählich alle zur Mittelschicht, d. h. zur Bourgeoisie werden) –, sahen die Marxisten den Kapitalismus selbst als ein historisches Moment der Entwicklung. Er war notwendig, um das vorangegangene (feudale) Moment zu überwinden, muss aber seinerseits durch Sozialismus und Kommunismus überwunden werden, und die Macht der

Bourgeoisie muss durch die Macht der Arbeiter ersetzt werden, und nach der Beseitigung der Kapitalisten und des Privateigentums wird es nur noch Proletarier in der Menschheit geben. Für die Marxisten ist der Kommunismus kein Augenblick mehr, sondern "das Ende der Geschichte".

Die sozialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts – in Russland, China, Vietnam, Korea, auf Kuba usw. – waren ein ernsthafter Beweis für die Richtigkeit des Marxismus. Aber die Weltrevolution fand nicht statt, und es begannen zwei ideologische Systeme auf der Welt zu existieren – es war eine bipolare Welt, die von 1945 (nach dem gemeinsamen Sieg von Kommunisten und Kapitalisten über Nazideutschland) bis 1991 existierte. In der ideologischen Konfrontation argumentierte jedes Lager, dass das gegnerische Lager kein Schicksal sei, sondern lediglich ein Moment, nicht das Ende der Geschichte, sondern eine dialektische Zwischenphase. Die Kommunisten bestanden darauf, dass der Kapitalismus zusammenbrechen und der Sozialismus überall herrschen werde und dass die kommunistischen Regime selbst "auf ewig existieren" würden. Die liberalen Ideologien antworteten ihnen: Nein, der historische Moment seid ihr, ihr seid nur eine Abirrung vom bürgerlichen Entwicklungsweg, ein Missverständnis, eine Abweichung, und der Kapitalismus wird ewig existieren. Dies ist in der Tat der Inhalt von Fukuyamas These vom "Ende der Geschichte". Im Jahr 1991 schien er recht zu haben. Das sozialistische System brach zusammen, und die Ruinen der UdSSR und Chinas stürzten sich auf den Markt, d. h. sie wechselten zum Kapitalismus, was die Vorhersagen der Liberalen bestätigte.

Natürlich lauern einige Marxisten und glauben, dass es noch nicht Abend ist, das kapitalistische System noch scheitern wird – und dann wird die Stunde der proletarischen Revolution kommen. Aber das ist nicht sicher. Schließlich wird das Proletariat auf der Welt immer weniger, und die Menschheit entwickelt sich insgesamt in eine völlig andere Richtung.

Die Ansichten der Liberalen, die im Anschluss an Fukuyama den Kommunismus mit dem Augenblick gleichsetzten und einen "endlosen Kapitalismus" ausriefen, sind viel berechtigter. Die Parameter der neuen Gesellschaft, in der das Kapital die totale und reale Herrschaft erlangt, wurden von den Postmodernisten auf verschiedene Weise durchgespielt, indem sie extravagante Methoden zur Bekämpfung des Kapitals von innen heraus vorschlugen. Dazu gehörten der proletarische Selbstmord, die bewusste Verwandlung des Individuums in einen Invaliden oder einen Computervirus, die Geschlechtsumwandlung und sogar der Speziesismus. All dies ist zum Programm der liberalen Linken in den USA geworden und wird von der herrschenden Spitze der Demokratischen Partei aktiv unterstützt – Woke, Cancel Culture, Öko-Aktivismus, Transgender-Anhänger, Transhumanismus usw. Aber sowohl Befürworter als auch Gegner

des siegreichen Kapitalismus sind sich einig, dass es sich nicht nur um eine Entwicklungsphase handelt, die durch etwas anderes ersetzt wird, sondern dass dies das Schicksal und die letzte Phase der Menschheitsbildung ist. Nur der Übergang zu einem posthumanen Zustand – was Futurologen "Singularität" nennen – kann weiter sein. Die eigentliche Sterblichkeit des Menschen wird hier zugunsten der mechanischen Unsterblichkeit der Maschine überwunden. Mit anderen Worten: Willkommen in der Matrix.



Allein die Möglichkeit, den Begriff "Moment" auf die Ära des "globalen Sieges des Kapitalismus" anzuwenden, eröffnet jedoch eine ganz besondere Perspektive, die noch wenig durchdacht und entwickelt ist, aber immer deutlicher wird. Müssen wir nicht annehmen, dass der offene und offensichtliche Zusammenbruch der westlichen Führungsrolle und die Unfähigkeit des Westens, eine vollwertige universelle Instanz legitimer Macht zu sein, eine ideologische Dimension haben? Bedeutet das Ende der Unipolarität und der westlichen Hegemonie nicht auch das Ende des Liberalismus?

Diese Überlegung wird durch ein entscheidendes politisches Ereignis bestätigt: die erste und zweite Amtszeit von Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten. Die Wahl eines Politikers zum Präsidenten durch die US-Gesellschaft, der den Globalismus und den Liberalismus offen kritisiert, ist ein anschaulicher Ausdruck der Tatsache, dass selbst im Zentrum des unipolaren Westens eine kritische Masse der Unzufriedenheit mit dem wichtigsten ideologischen und geopolitischen Vektor der Herrschaft der liberalen Eliten herangereift ist. Darüber hinaus charakterisiert Trumps Entscheidung für das Amt des US-Vizepräsidenten, J. D. Vance, seine Weltanschauung ausdrücklich als Anhänger der "postliberalen Rechten". Der Begriff "Liberalismus" tauchte während des gesamten Wahlkampfs von Trump als Negativbegriff auf, obwohl er sich auf den "Linksliberalismus" als Ideologie der Demokratischen Partei der USA bezog. In den breiteren Kreisen des "Graswurzel-Trumpismus" ist der Liberalismus jedoch immer mehr zu einem Schimpfwort geworden und wird als etwas angesehen, das untrennbar mit der Degeneration, dem Verfall und der Perversion der herrschenden Eliten verbunden ist. In der Zitadelle des Liberalismus – den Vereinigten Staaten – hat zum zweiten Mal in der jüngeren Geschichte ein Politiker gewonnen, der dem Liberalismus äußerst kritisch gegenübersteht, und seine Anhänger scheuen sich nicht, diese ideologische Strömung direkt zu verteufeln.

Wir können also vom Ende des "liberalen Moments" sprechen, von der Tatsache, dass der Liberalismus, der in der historischen Perspektive gewonnen und die Ideologie ein für alle Mal besiegt zu haben schien, sich nur als eine der Etappen der Weltgeschichte erwies, nicht als ihr Ende. Und jenseits des Liberalismus – nach dem Ende des Liberalismus und auf der anderen Seite des Liberalismus – wird sich nach und nach eine alternative Ideologie, eine andere Weltordnung, ein anderes Wertesystem herausbilden. Der Liberalismus erweist sich nicht als Schicksal, nicht als Ende der Geschichte, nicht als etwas Unumkehrbares und Universelles – sondern nur als eine Episode, nur als eine historische Epoche mit einem Anfang und einem Ende, mit klaren geografischen und historischen Grenzen. Der Liberalismus ist eingebettet in den Kontext der westlichen Moderne. Er gewann ideologische Kämpfe mit anderen Spielarten dieser Moderne (mit dem Nationalismus und dem Kommunismus), aber am Ende brach er zusammen, kam zu einem Ende. Und damit endete auch Krauthammers unipolarer Moment und der noch umfassendere Zyklus der alleinigen kolonialen Vorherrschaft des Westens auf planetarischer Stufe, der mit dem Zeitalter der großen geografischen Entdeckungen begann.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 26. November 2024 zuerst auf RIA Nowosti erschienen.

Alexander Dugin ist ein russischer Philosoph, Politikwissenschaftler, Soziologe und Schriftsteller.

Mehr zum Thema – [Die Botschaft der "Haselnuss" an die Ukraine und NATO](#)

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

Durch die Sperrung von RT zielt die EU darauf ab, eine kritische, nicht prowestliche Informationsquelle zum Schweigen zu bringen. Und dies nicht nur hinsichtlich des Ukraine-Kriegs. Der Zugang zu unserer Website wurde erschwert, mehrere Soziale Medien haben unsere Accounts blockiert. Es liegt nun an uns allen, ob in Deutschland und der EU auch weiterhin ein Journalismus jenseits der Mainstream-Narrative betrieben werden kann. Wenn Euch unsere Artikel gefallen, teilt sie gern überall, wo Ihr aktiv seid. Das ist möglich, denn die EU hat weder unsere Arbeit noch das Lesen und Teilen unserer Artikel verboten. Anmerkung: Allerdings hat Österreich mit der Änderung des "Audiovisuellen Mediendienst-Gesetzes" am 13. April diesbezüglich eine Änderung eingeführt, die möglicherweise auch Privatpersonen betrifft. Deswegen bitten wir Euch bis zur Klärung des Sachverhalts, in Österreich unsere Beiträge vorerst nicht in den Sozialen Medien zu teilen.